

Antrag

der Fraktionen SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entbindung von der Schweigepflicht gegenüber dem Untersuchungsausschuss

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt, dass der 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode (Drucksache 14/2139) seinen Untersuchungsauftrag so schnell wie möglich ohne Hindernisse erledigen sollte. Im Interesse der zügigen und rückhaltslosen Aufklärung ist der Deutsche Bundestag deshalb der Auffassung, dass die mit dem Parteispendenaufkommen der CDU befassten Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, insbesondere der Steuerberater Horst Weyrauch, sofort von ihrer Schweigepflicht entbunden werden sollten.

Berlin, den 30. November 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

